

Schängel-Serie: Erinnerung an NS-Opfer

Was haben wir aus „Halle“ gelernt und was tun wir jetzt?

-von Joachim Hennig-

Zwei Wochen ist es her, dass ein rechtsradikaler Antisemit in der Synagoge in Halle ein Massaker an dort betenden Juden verübte und aus Ärger über das Misslingen eine Passantin und einen Gast in einem Dönerimbiss umbrachte. Was haben wir aus diesem Verbrechen gelernt und was tun wir, damit es nicht wieder geschieht?

Ist besserer Schutz allein die Lösung?

Immer wieder haben wir das „Nie wieder!“ gehört und gelesen. Das ist gut so, aber solche schlichten Appelle und Sonntagsreden helfen nicht, haben bisher nicht geholfen und werden auch nicht helfen. Immerhin sollen die Sicherheitsgesetze verschärft, die Nachrichtendienste personell und technisch verstärkt und verbessert sowie jüdische Einrichtungen in Deutschland besser geschützt werden.

Dass das – mit Augenmaß – richtig und nötig ist, kann keine Frage sein. Nur reicht das? Eine Antwort darauf gab der Direktor der Frankfurter Buchmesse bei deren Eröffnung letzte Woche: „Seit ein paar Tagen wird in Deutschland gefordert, jüdische Einrichtungen bes-

ser zu schützen. Ich schäme mich dafür, dass so etwas wieder gesagt werden muss. Stattdessen sollten wir alles dafür tun, damit jüdische Einrichtungen nie wieder von irgendjemandem beschützt werden müssen.“

Der Auftrag: Erinnern und nie wieder zulassen

Das ist die richtige Forderung an „die Politik“, „den Staat“, die Kommunen, die Gesellschaft und an uns alle. Die Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) kündigte daraufhin an, die Mittel für die Arbeit gegen Antisemitismus aufstocken zu wollen. In ihrer Regierungserklärung vom 30. Januar 2019 kündigte die rheinland-pfälzische Bildungsministerin Stefanie Hubig (SPD) verstärktes Engagement mit den Worten an: „Der Holocaust ist der lange Schatten, der über unserer Geschichte liegt und der uns für alle Zeit auftrag sein muss und sein wird: zu erinnern und nie wieder zuzulassen. Für uns bedeutet das: Wir müssen die demokratischen Grundwerte unseres Grundgesetzes kompromisslos verteidigen, aktiv leben und entschlossen stärken gegen all das, was sie bedroht. Und diese Bedrohung hat ganz konkrete Namen: Extremismus und Po-

pulismus, Rassismus und Nationalismus, Antiziganismus, Menschenfeindlichkeit und Chauvinismus - und jede Form der Missachtung freiheitlich-demokratischer Regeln des Zusammenlebens, egal aus welchen Gründen und aus welcher Richtung. Und diese Bedrohung äußert sich ganz konkret: im Netz und auf der Straße, in verbaler und körperlicher Gewalt und in der Verhörung der Sprache.“

Damit das nicht bei bloßen Worten blieb, hat das Land einen sechsstelligen Betrag für die zusätzliche Gedenkarbeit zur Verfügung gestellt. U.a. auch im Nachbarland Hessen ist man aktiv. Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) forderte eine geistig-moralische Wende der gesamten Gesellschaft im Umgang mit dem Rechtsextremismus an und verwies auf ein gerade anlaufendes Programm gegen Hass im Netz: „Die Ächtung von rechtsextremer Gewalt und Hass im Netz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe“. Sicherlich können Bund und Länder gegen Rechtsextremismus und all seine Themen, Erscheinungsformen, Hetze, Gewalt usw. mehr tun. Gegen die verbalen und realen Brandstifter und Verbrecher kann man gar nicht genug tun.

Das Engagement beginnt schon zu Hause

Aber das ist nur das eine. Alle guten Ansätze, Regierungserklärungen, Reden, Appelle, Fördermittel helfen nur wenig und klingen eher hohl, wenn sie nicht in die Tat umgesetzt werden. Das können ja nun nicht die Bundes- und Landesministerinnen und auch nicht die Ministerpräsidenten – das können nur wir. Und wir müssen es tun. Wir brauchen eine breite kommunale und gesellschaftliche Bewegung gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und für Demokratie, Freiheit, Toleranz und Menschenrechte.

Das beginnt schon zu Hause, in der Familie. Die neueste, in der vergangenen Woche vorgestellte, Shell-Jugendstudie zeigt Erschreckendes. Rund jeder zehnte Jugendliche wird von den Experten in der Kategorie der „Nationalpopulisten“ eingestuft. Weitere 24 Prozent werden als „populismusaffin“ eingeordnet. Etwa ein Drittel der Jugendlichen neigt diesen Parolen zu. - Was ist da schiefgelaufen? Welchen Beitrag haben die Eltern und Großeltern dieser Jugendlichen dazu „geleistet“? Und was lernen sie jetzt daraus und was ändern sie?



Initiativen sind wichtig, Kommunen gefordert

Zum Glück sind wir, die sich engagieren (wollen), nicht allein in dieser „geistig-moralischen Wende der gesamten Gesellschaft“. Dankenswerterweise bemüht sich auch der DGB in der Region Koblenz um Informationsaustausch, Vernetzung und Handlungsmöglichkeiten. Er lädt für Samstag, 26. Oktober (13.30 - 17 Uhr), ein zu einem „Vernetzungstreffen der Initiativen gegen Rechts Nördliches Rheinland-Pfalz“. Das Treffen findet im Bürgerzentrum in Koblenz-Lützel (Brenderweg 17) statt. Es beginnt u.a. mit einem Vortrag von Prof. Dr. Fabian Virchow, Düsseldorf, zum Thema: „Auseinandersetzung mit rechter/rassistischer Gewalt als Herausforderung für die plurale Gesell-

schaft“. Nähere Informationen gibt es unter koblenz@dgb.de. Solche Initiativen im zivilgesellschaftlichen Bereich sind wichtig, muss doch das Interesse und das Engagement einzelner und einzelner Gruppierungen – damit es wahrgenommen und Wirkung entfalten kann – gebündelt werden. Damit kommen Organisationen wie dem DGB, gerade auch ihren regionalen Gliederungen, eine große Bedeutung zu.

Eine ganz wichtige Rolle in dieser Bündelung und darin, Zeichen vor Ort zu setzen, haben die Kommunen. Damit ist die Stadt Koblenz bisher nicht aufgefallen. Sie hat aber in nächster Zeit Gelegenheit, das endlich nachzuholen. Zunächst bei dem bevorstehenden Erinnern an den Novemberpogrom vom 9. November 1938, der auch für Koblenz verheerende Folgen hatte. Bisher beschränkte sich das Engagement der Stadt zum 9. November darauf, dass der Oberbürgermeister am Mahnmahl auf dem jüdischen Friedhof einen Kranz niederlegte. Und neuestens werden einige Reinigungssätze an Schüler ausgegeben, damit diese Stolpersteine putzen. Diesmal ist wohl mehr zu erwarten als diese beiden schlichten Rituale.